Digitalisierung, Fachkräftesicherung **und Freiberuflichkeit**

Europäische Zahnärzteschaft. Die Frühjahrsvollversammlung des Council of European Dentists (CED) in Limassol (Zypern) stand im Zeichen tiefgreifender Veränderungen der europäischen Zahnmedizin. Neben Digitalisierung, Fachkräftesicherung und „Corporate Dentistry" (iMVZ) sorgte insbesondere ein Impulsvortrag zur Rolle der Zahnärzteschaft in Krisen- und Verteidigungsszenarien im Rahmen des NATO Medical Action Plan für intensive Diskussionen.

Autoren: Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas Wolf, Dr. Alfred Büttner

Bei der CED-Frühjahrsversammlung standen die zukünftigen Rahmenbedingungen für die zahnärztliche Berufsausübung in Europa im Mittelpunkt. Die deutsche Delegation wurde vertreten durch Dr. Romy Ermler (BZÄK), Dr. Henner Bunke (BZÄK), Dr. Torsten Tomppert (BZÄK), Dr. Alfred Büttner (BZÄK), Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas Wolf (FVDZ) und Florian Lemor (BZÄK).

Europa setzt neue Weichen in der Berufspolitik

Die europäische Zahnärzteschaft ist mit einem zunehmend komplexen politischen Umfeld konfrontiert. CED-Präsident Dr. Freddie Sloth-Lisbjerg (Dänemark) hob die Aktivitäten des CED mit europäischen Institutionen hervor, unter anderem in den Bereichen Medizinprodukte, E-Health, zahnmedizinische Materialien, Tabak, Ernährung, Gesundheitsberufe und Infektionskontrolle. Dabei unterstrich er die Rolle des CED als zentrale Stimme der Zahnärzteschaft auf europäischer Ebene. Der Bericht aus Brüssel hob zudem den engen Zusammenhang zwischen der zahnärztlichen Praxis und den europäischen Gesetzgebungsprozessen hervor.

Die Generalversammlung genehmigte den Haushalt und den Jahresabschluss. CED-Schatzmeister Dr. Christof Ruda (Österreich) plädierte für eine moderate Anpassung der Mitgliedsbeiträge, um inflationsbedingte Kostensteigerungen auszugleichen. Zum Thema Sponsoring soll eine Arbeitsgruppe Vorschläge ausarbeiten.

Zahnmedizin gefragt – auch in Krisenzeiten

Besondere Aufmerksamkeit erhielt der Vortrag von Dr. Heming Olsen-Bergem, Präsident der Norwegischen Zahnärztevereinigung und Kommandeur des Sanitätsdienstes der norwegischen Armee (NAJMS), über den NATO-Aktionsplan zur Verbesserung der medizinischen Unterstützung für die kollektive Verteidigung. Er betonte, dass Zahnärzte stärker berücksichtigt werden sollten, auch in Krisen- und Verteidigungsszenarien. Mundinfektionen, Zahnverletzungen, Versorgungsengpässe sowie Gesichts- und Schädelverletzungen können in solchen Situationen erhebliche medizinische Bedeutung erlangen. Olsen-Bergem machte deutlich, dass die Widerstandsfähigkeit des Gesundheitssystems auch die zahnärztliche Versorgung umfasse.

Deutsche Delegation v. l. n. r.: Dr. Alfred Büttner, Dr. Torsten Tomppert, Dr. Romy Ermler, Dr. Freddie Sloth-Lisbjerg, Florian Lemor, Dr. Henner Bunke, Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas Wolf.

Digitalisierung und europäische Regulierung

Die CED-Generalversammlung verabschiedete eine Resolution zum Datenaustausch im Rahmen von E-Health. Im Mittelpunkt standen digitale Arbeitsabläufe, elektronische Verschreibungen, Datenschutz und der Europäische Gesundheitsdatenraum (EHDS). Der CED-Vorstand betonte, dass der digitale Fortschritt nicht auf Kosten des Schutzes sensibler Patientendaten gehen darf. Von besonderer Bedeutung sind klinische Genauigkeit, Haftungsfragen im Zusammenhang mit automatisierter Datenzuordnung sowie praktische Lösungen für kleine und mittelgroße Zahnarztpraxen. Aus Sicht der Zahnärzteschaft darf die Digitalisierung nicht zu zusätzlicher Bürokratie führen, sondern muss die Patientenversorgung unterstützen und Rechtssicherheit hinsichtlich der Verantwortlichkeit gewährleisten.

Ausbildung und Fachkräftesicherung

Auch Themen rund um die berufliche Praxis und die beruflichen Qualifikationen standen im Fokus. Eine Arbeitsgruppe berichtete über die Europäische Initiative zur Übertragbarkeit von Qualifikationen, Entwicklungen im Zusammenhang mit der Richtlinie über Berufsqualifikationen sowie die Zusammenarbeit mit der Association for Dental Education in Europe (ADEE). Die wichtigsten Forderungen des CED sind: eine stärkere Gewichtung der klinisch-praktischen Ausbildung, eine sichere digitale Überprüfung beruflicher Qualifikationen und eine verbesserte Anerkennung von Fortbildungen. Vor dem Hintergrund zunehmender Mobilität ist es entscheidend, hohe Ausbildungsstandards zu gewährleisten, ohne die nationale Zuständigkeit für Gesundheitsberufe zu untergraben.

Auch die ADEE stellte ihre aktuellen Schwerpunkte vor. Präsident Prof. Ivan Alajbeg und Generalsekretär Prof. Denis Murphy skizzierten die Weiterentwicklung des „Graduating European Dentist Framework“, des LEADER-Qualitätsrahmens sowie zukünftiger Standards für zahnmedizinische Ausbilder. Die enge Zusammenarbeit zwischen dem CED und der ADEE gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Zahnmedizinische Ketten und europäische Gesundheitssysteme

Die Länderberichte zeichneten ein gemischtes Bild: Während einige Mitgliedstaaten von steigenden Mitgliederzahlen, neuen Initiativen zur Vorsorge und zusätzlichen Weiterbildungsmöglichkeiten berichteten, sind andere von Fachkräftemangel, Bürokratie, Finanzierungsproblemen und Herausforderungen bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse geprägt. Zu den wiederkehrenden Themen gehörten die Umsetzung der Medizinprodukteverordnung, steigende Materialkosten, Schwierigkeiten beim Marktzugang und die wachsende Bedeutung von sogenannten Zahnarztketten („dental chains“). Insbesondere die Diskussion über die Zahnarztketten machte deutlich, dass Eigentumsverhältnisse, Kapitalinteressen und die Realität der zahnärztlichen Versorgung in Europa kritisch hinterfragt werden müssen. Für die selbstständigen zahnärztlichen Berufe bleibt es entscheidend, dass therapeutische Entscheidungen unabhängig, patientenzentriert und unter beruflicher Verantwortung getroffen werden.

Stärkung der Prävention und die nächste Generation

Die Arbeitsgruppe Mundgesundheit berichtete über Prävention, obstruktive Schlafapnoe und restaurative Zahnmaterialien. Auch europäische Entwicklungen in Bezug auf Fluorid, Impfungen, Antibiotikaresistenzen und die Zusammenhänge zwischen Mund- und Allgemeingesundheit wurden thematisiert. Die Diskussionen über Parodontitis und nicht übertragbare Krankheiten zeigen, dass Mundgesundheit zunehmend als integraler Bestandteil der allgemeinen Gesundheitspolitik anerkannt wird. Das eröffnet Chancen für eine stärkere politische Verankerung der Zahnmedizin, erfordert aber auch eine klare wissenschaftliche und fachliche Haltung.

Die European Dental Students’ Association (EDSA) präsentierte ihre Arbeit als Stimme von mehr als 70.000 Studierenden aus über 180 zahnmedizinischen Fakultäten. Neben Mitgliederversammlungen, Mobilitätsprogrammen, Forschungspreisen und Präventionskampagnen stellte die EDSA ihre Webinar-Formate, ihre politische Arbeit und ihre internationale Vernetzung vor. Die nächste Generation von Zahnärzten möchte die europäische Berufspolitik aktiv mitgestalten. Für Berufsverbände ist das ein wichtiges Signal: Die Förderung des Nachwuchses, politisches Engagement und internationale Erfahrung noch enger miteinander verflechten.

Ein „Handbuch“ spiegelt die Veränderungen in den europäischen Gesundheitssystemen wider.

Weitere Berichte befassten sich mit dem „European Manual of Dental Practice“, das künftig als ständig aktualisierbares Dokument gepflegt wird, sowie mit dem CED-Jahresbericht, den Newslettern und mehreren Umfragen zu zahnmedizinischen Materialien, Arbeitsmarktfragen und „Corporate Dentistry“ (iMVZ). Als „lebendiges Dokument“ soll das Handbuch die Veränderungen in den europäischen Gesundheitssystemen kontinuierlich widerspiegeln. Dies ist wertvoll für den Vergleich von Berufsordnungen, Ausbildung, Zulassung, Spezialisierung, Praxisteams und Gesundheitsstrukturen. Außerdem wurde eine neue wissenschaftliche Publikation „Corporate Dentistry“ (iMVZ) in der EU vorgestellt, die die rechtlichen Rahmenbedingungen und strukturellen Entwicklungen analysiert.

Europa bleibt treibende Kraft hinter der Berufspolitik

Die Generalversammlung in Limassol hat eindrucksvoll gezeigt, wie stark europäische Entscheidungen mittlerweile die zahnärztliche Praxis prägen. Viele politische Entscheidungen werden nicht mehr ausschließlich auf nationaler Ebene getroffen. Der CED bleibt somit ein unverzichtbares Forum, um gemeinsame Positionen zu entwickeln, nationale Erfahrungen zu bündeln und die Interessen der Zahnärzteschaft gegenüber den europäischen Institutionen wirksam zu vertreten. Für Deutschland ist die weitere Mitwirkung ein wichtiger Beitrag zur Sicherung einer unabhängigen, patientenorientierten und qualitativ hochwertigen zahnärztlichen Versorgung. ■